

Deutschland-Check Dezember 2010

Eine Dauerstudie zur Beurteilung der Wirtschaftspolitik
der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode

durchgeführt vom

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln

im Auftrag von

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und WirtschaftsWoche

Deutschland-Check Dezember 2010

Mit dem Deutschland-Check bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag von WirtschaftsWoche und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) monatlich die Wirtschaftspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung.

Bestandteil des Deutschland-Check sind eigens vom IW Köln entwickelte Indizes, die die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftswachstums und des Arbeitsmarkts auf einen Blick abbilden. Außerdem beurteilen die Wissenschaftler, welche Auswirkungen die wichtigsten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf Beschäftigung und Wachstum haben. Aktuelle Umfragen der IW Consult zeigen, was Unternehmen, Ökonomen und Arbeitnehmer von der Regierungspolitik halten. Der Deutschland-Check wird monatlich in der WirtschaftsWoche veröffentlicht und ist unter deutschland-check.de online.

- S. 2 Das Barometer der Wirtschaft
 - Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung
- S. 6 Das Urteil der Ökonomen
 - Politikbewertung durch das IW-Köln
- S. 10 Die Meinung der Arbeitnehmer
 - Ergebnisse der Befragung von Arbeitnehmern

Das Barometer der Wirtschaft **Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung**

Wer erwartet hatte, dass sich die Debatten um den Euro und den Rettungsschirm für insolvente Euro-Länder die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt, wird im November eines Besseren belehrt. Unbeeindruckt stehen die Zeichen weiter auf Erholung. Sowohl der Arbeitsmarkt wartet auch im November mit positiven Meldungen auf, als auch an der

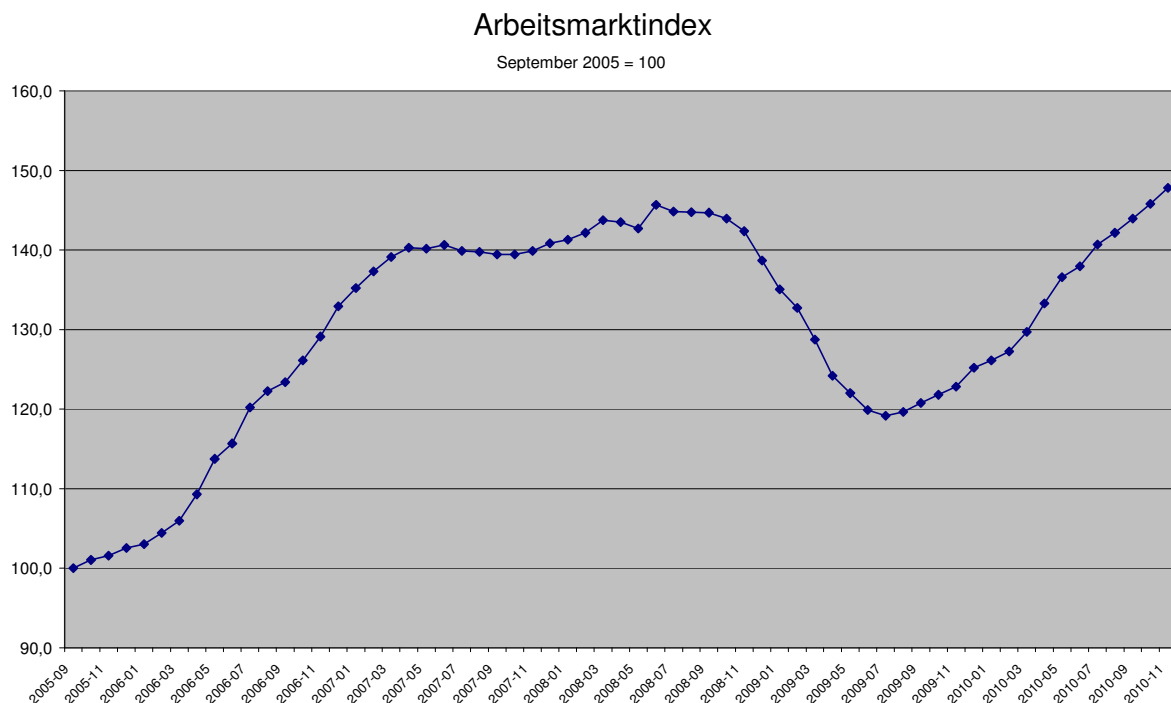
Wachstumsfront haben sich die Perspektiven weiter aufgehellt. Beide hier verwendeten Indizes konnten das hohe Verbesserungstempo der letzten Monate halten oder sogar noch steigern. Das ist erstaunlich, weil das Vorkrisenniveau teilweise bereits überschritten oder zumindest in greifbare Nähe gerückt ist. Die Top-Meldung im November kam wie schon im Vormonat, als erstmals seit langem bei der Arbeitslosigkeit wieder die 3-Millionen-Marke unterschritten wurde, vom Arbeitsmarkt: Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte mit im Oktober (aktuellster Wert) mit 41,1 Millionen gleich ein historisches Hoch in Deutschland. Nie zuvor waren in Deutschland mehr Menschen beschäftigt. Im November hat auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein Jahresgutachten vorgelegt. Er erwartet für dieses Jahr ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von stolzen 3,7 Prozent und auch im nächsten Jahr soll die gesamtwirtschaftliche Leistung weiter um 2,2 Prozent zunehmen. Er sieht trotz aller Risiken „Chancen für einen stabilen Aufschwung“ – so die diesjährige zentrale Botschaft des Gutachtens.

Arbeitslosenzahl sinkt weiter

Die Zahl der Arbeitslosen ist saisonbereinigt weiter um 9.000 gesunken. Der Rückgang hat sich gegenüber dem Vormonat (-3.000) somit wieder beschleunigt, ohne allerdings an die zweistelligen Rückgänge in den Monaten zuvor heranzukommen.

Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen befindet sich mit einem Plus von 10.000 Stellen oder 2,6 Prozent weiter auf Expansionskurs. Hier ist kein Erlahmen der Dynamik erkennbar.

Insgesamt kann der Arbeitsmarktindex an die sehr positive Entwicklung der Vormonate anknüpfen und das Tempo, wenn auch nur um einen Zehntelprozentpunkt, auf ein Plus von 1,4 Prozent erhöhen.



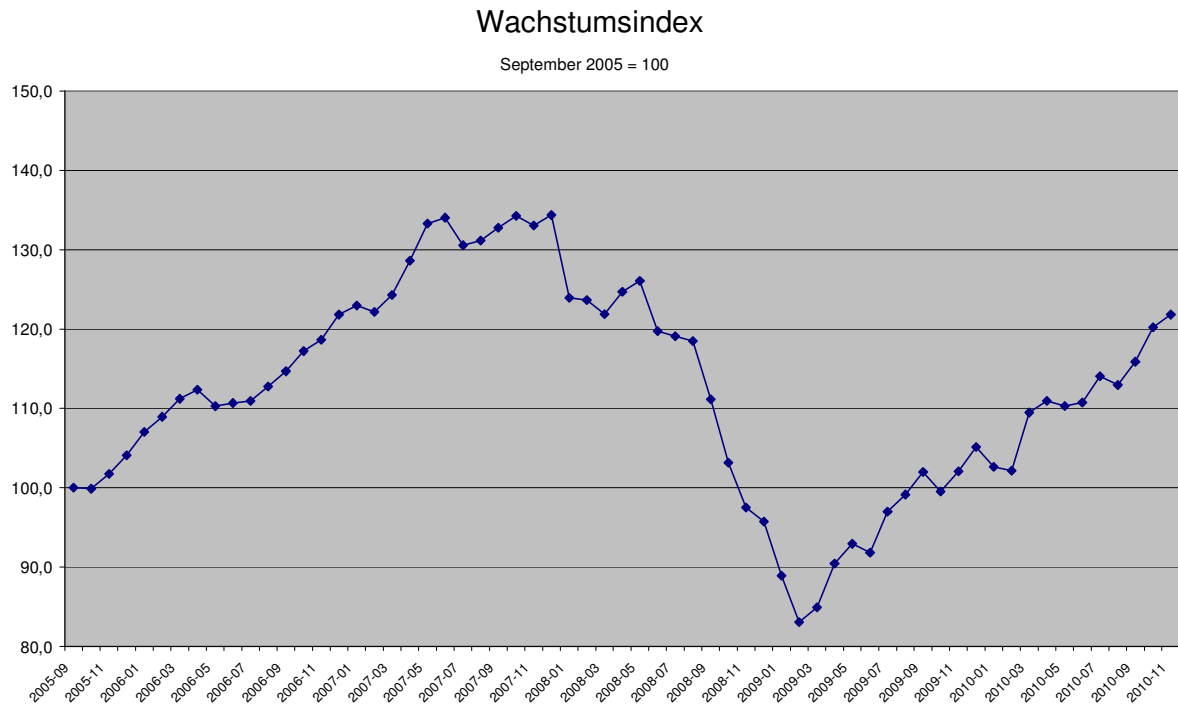
Wachstum ungetrübt

Nun schon seit Februar 2010 melden die Unternehmen dem Ifo-Institut Monat für Monat eine Verbesserung der Geschäftslage. Obwohl schon auf einem hohen Niveau verbesserte sich die Lagebeurteilung durch die gewerblichen Unternehmen nochmals um 2,1 Prozent.

Auch die Akteure an den Finanzmärkten ließen sich von den Turbulenzen um den Euro nicht wirklich beeindrucken. Ende November notierte der DAX-Performance-Index um 87 Punkte höher. Das war ein Anstieg um 1,3 Prozent.

Die Industrieproduktion machte im Oktober einen gewaltigen Satz und legte saisonbereinigt gleich um 3,2 Prozent zu. Dieser Aufwärtstrend dürfte sich im November abgeschwächt fortgesetzt haben. Von den industriellen Auftragseingängen gingen im Oktober, nach dem Rückgang im September, wieder positive Signale aus. Auch die Herbstumfrage des Instituts

der deutschen Wirtschaft Köln bestätigt den ungebrochenen Optimismus der Unternehmen für die nächsten Monate und das kommende Jahr. Nur 8,6 Prozent der Unternehmen gaben an, dass sie von einer sinkenden Produktion im Jahr 2011 gegenüber 2010 ausgehen, 54,6 Prozent erwarten hingegen einen weiteren Zuwachs.



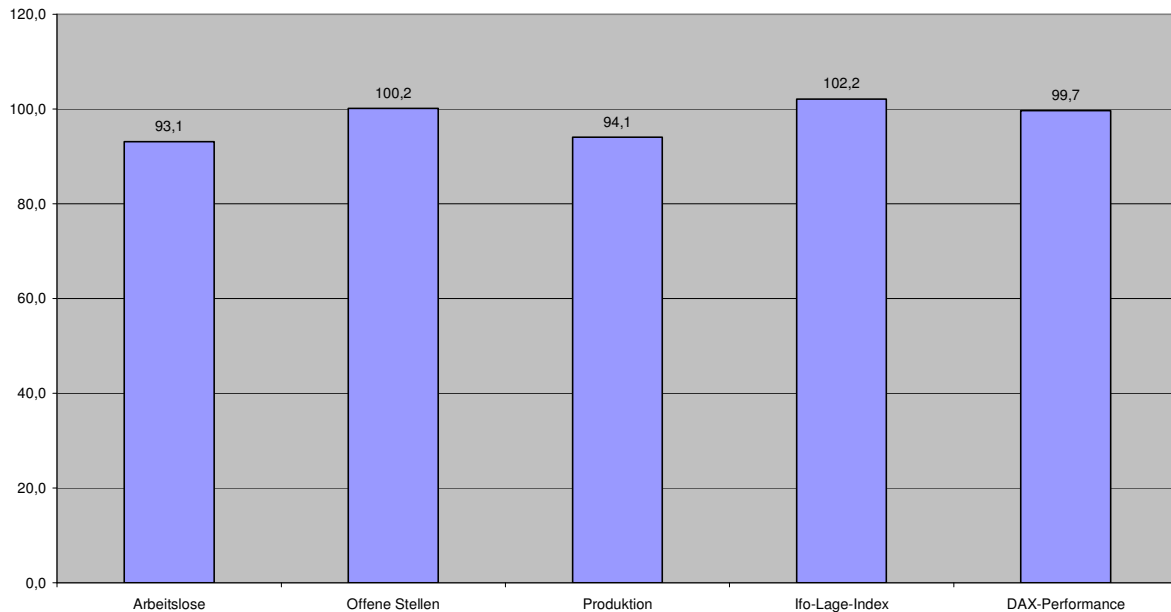
Von der heutigen Basis aus gerechnet benötigt man noch folgende prozentualen Zuwächse, um das Vorkrisenniveau wieder zu erreichen:

Produktion: + 6,3 %

DAX-Performance: + 0,3 %.

Arbeitsmarkt- und Wachstumsindikatoren

Aktueller Stand, jeweils Durchschnittswerte des 1. Vierteljahres 2008 = 100



Das Urteil der Ökonomen

Politikbewertung durch das IW Köln



„Rente mit 67“: Beschluss der Bundesregierung, an der ab 2012 schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre festzuhalten

Hintergrund: Gemäß § 154 Absatz 4 SGB VI ist die Bundesregierung verpflichtet, „vom Jahr 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können ...“

Die Bundesregierung hat im November 2010 unter der Überschrift „Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt“ ihren ersten Bericht gemäß § 154 Abs. 4 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch vorgelegt.

Aufgrund der erhobenen statistischen Befunde erklärte Bundesministerin Ursula von der Leyen: "Die Chancen Älterer am Arbeitsmarkt verbessern sich bereits seit Jahren stetig. Durch den Fachkräftemangel wird die Nachfrage nach gut qualifizierten älteren Arbeitskräften weiter steigen. Deswegen halte ich es nicht nur für notwendig, sondern auch für vertretbar, an der behutsamen, schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters bis zum Jahr 2029 festzuhalten."

Somit bleibt es dabei, was der Deutsche Bundestag im Jahr 2007 beschlossen hat, dass nämlich im Zeitraum 2012 bis 2029 die Regelaltersgrenze von derzeit 65 auf 67 Jahre angehoben wird. Bis zum Jahr 2024 erfolgt diese Anhebung in Schritten von einem Monat pro Jahr, danach erhöht sich die Schrittfolge auf zwei Monate jährlich. Die Arbeitnehmer des Geburtsjahrgangs 1964 – also die heute 46-Jährigen – werden die ersten sein, die erst im Alter von 67 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

Es bleibt allerdings bei der Regelung, dass auch nach 2029 langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren ohne Abschläge im Alter von 65 Jahren in Rente gehen können.

Bewertung durch das IW Köln: 5 von 5 Sternen

Begründung

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern und Frauen ist in den letzten Jahrzehnten kräftig angestiegen. Lag die fernere Lebenserwartung eines 60-jährigen Manns nach der Wiedervereinigung noch bei 17,8 Jahren und bei gleichaltrigen Frauen bei 22,1 Jahren, so ist die verbleibende Lebensspanne mittlerweile bis auf 20,6 bzw. 24,5 Jahre angestiegen (Statistisches Bundesamt, 2010).

Gleichzeitig schwankt das durchschnittliche Rentenzugangsalter seit 1991 in einem sehr engen Band von 59,7 bis 60,9 Jahren und lag zuletzt mit 60,6 Jahren deutlich hinter der Regelaltersgrenze. Lediglich bei den Altersrenten, also ohne Erwerbsminderungsfälle, hat sich der Wert seit einem Jahrzehnt leicht erhöht. Mit aktuell 63,2 Jahren liegt aber auch hier das durchschnittliche Zugangsalter fast 2 Jahre hinter der Regelaltersgrenze und um ein bis zwei Jahre hinter dem Niveau der sechziger und siebziger Jahre (Deutsche Rentenversicherung, 2010).

In der Folge hat sich die Rentenbezugsdauer von 11,1 Jahren 1970 auf 18,2 Jahren 2009 erhöht – bei den westdeutschen Männern von 10,3 auf 15,8 Jahre, bei den westdeutschen Frauen von 12,7 auf 20,6 Jahre. Die zusätzlichen Lebensjahre kamen somit vor allem dem Ruhestand zugute. Auch aus diesem Grund ist die Zahl der im Umlageverfahren zu alimentierenden Renten in Westdeutschland von 9,9 Millionen 1970 auf zuletzt 19,9 Millionen gestiegen. Hinzu kommen weitere 5 Millionen Rentenzahlungen in den neuen Bundesländern.

Obwohl die Rentenausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung mittlerweile zu einem Drittel aus Steuerzuschüssen finanziert werden, stieg der Beitragssatz von 17,0 Prozent 1970 auf aktuell 19,9 Prozent an. (1960 lag er mit 14 Prozent noch deutlich niedriger.)

Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes geht davon aus, dass auch in den nächsten Jahrzehnten die Lebenserwartung weiter ansteigen wird. Im Jahr 2029, wenn der Prozess der Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre abgeschlossen sein soll, wird die Lebenserwartung schon wieder um mehr als diese zwei Jahre angestiegen sein. Ohne eine Anhebung der Regelaltersgrenze muss der Beitragssatz weiter steigen und/oder noch mehr Steuergeld in die Rentenkasse fließen. Aber schon heute werden mehr als 30 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung über Staatszuschüsse finanziert.

Nicht nur die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung erfordert eine Erhöhung des Ruhestandsalters, sondern auch die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials. Gemäß der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der 20 bis 64-jährigen bis zum Jahr 2030 um über sechs Millionen schrumpfen. Dabei ist eine durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung von 100.000 Personen unterstellt. Wird dieser positive Zuwanderungssaldo nicht erreicht, schrumpft das Erwerbspersonenpotenzial noch dramatischer. Da gleichzeitig die Zahl der Menschen im Alter 65+ um mehr als fünf Millionen Personen ansteigen wird, verschlechtert sich der Altenquotient dramatisch: 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahre stehen heute 33,7 Personen im Alter von 65+ gegenüber, im Jahr 2030 werden es gemäß den Ober- und Untergrenzen der mittleren Bevölkerungsentwicklung dann 51,4 bzw. 52,8 sein. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und damit eine Verlängerung der Erwerbsphase mindert dieses Problem und trägt zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand bei. Eine längere Phase der Erwerbstätigkeit und ein späterer Austritt aus dem Erwerbsleben helfen nicht nur, den Beitragssatzanstieg zu begrenzen, sondern heben zugleich auch das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung an.

Die Arbeitsmarktperspektiven älterer Erwerbstätiger haben sich bereits in den letzten Jahren deutlich verbessert. In der Altersgruppe der 60 bis unter 65-jährigen waren im Jahr 2000 nur 19,9 Prozent erwerbstätig, bis zum Jahr 2009 war dieser Anteil auf 38,4 Prozent angestiegen. Die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Altersgruppe hat sich im selben Zeitraum sogar mehr als verdoppelt, von 10,9 auf 23,4 Prozent. Besonders erfreulich: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) ist in dieser Altersgruppe von 97.000 im Jahr 2000 auf 22.000 im Jahr 2009 gesunken. Vieles spricht dafür, dass sich die Arbeitsmarktperspektiven allgemein und speziell der älteren Arbeitnehmer angesichts der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter verbessern werden. Angesichts zunehmender Knappheiten bei Fachkräften werden die Betriebe ihre Anstrengungen erhöhen, das Erfahrungswissen ihrer älteren Arbeitnehmer länger zu nutzen.

Ökonomisch sinnvoll und unter rentensystematischen Gesichtspunkten angebracht gewesen wäre es, die Sonderregelung für langjährig Versicherte zu streichen. Diese Regelung widerspricht dem der umlagefinanzierten Rentenversicherung zugrunde liegende Grundsatz der Teilhabeäquivalenz, wonach mit jedem Euro Beitragszahlung ein gleich hoher Rentenanspruch erworben wird. Die 45er Regelung begünstigt hingegen jene Arbeitnehmer, die früher in die Rentenkasse einzahlen, auch wenn die geleisteten Beiträge insgesamt nicht höher sind als bei einer Vergleichspersonen, die später ins Erwerbsleben eingetreten ist und ebenfalls vor Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand wechseln will.

Die Meinung der Arbeitnehmer

Ergebnisse der Arbeitnehmerbefragung durch die IW Consult GmbH Köln



Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder im konjunkturellen Aufschwung. Neben den Exporten sind die Inlandsinvestitionen der Unternehmen und der private Konsum gestiegen. Zudem hat sich der Arbeitsmarkt deutlich erholt: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Herbst 2010 auf unter 3 Millionen Menschen gesunken. In der letzten Novemberwoche 2010 haben 1.000 Arbeitnehmer an einer Kurzumfrage teilgenommen. Die Befragten haben Stellung dazu genommen, inwiefern sich der Aufschwung bislang positiv bei ihnen bemerkbar gemacht hat und welche Erwartungen sie für die nächsten Monate haben.

Aufschwung teilweise bei Arbeitnehmern angekommen

Die Arbeitnehmer sind zunächst gefragt worden, ob sie feststellen konnten, dass sich der Aufschwung bereits positiv auf ihre wirtschaftliche Gesamtsituation ausgewirkt hat. Insgesamt denkt knapp ein Drittel der Arbeitnehmerschaft, dass es bislang prinzipiell vom Aufschwung profitiert hat. Allerdings beantworten lediglich acht Prozent der Arbeitnehmer diese Frage mit einem klaren „Ja“.

Demgegenüber geben gut zwei Drittel der Befragten an, dass der Aufschwung bis jetzt bei ihnen noch nicht bzw. eher nicht angekommen ist. Hierbei hat ein Fünftel der Arbeitnehmer persönlich noch gar keine positiven Effekte des wirtschaftlichen Aufwärtstrends feststellen können. Die anderen 47 Prozent gehen eher nicht davon aus, bislang vom Aufschwung profitiert zu haben.

Tabelle 1: Positiver Effekt des Aufschwungs auf wirtschaftliche Situation Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	Gesamt
Ja	8,0
Eher ja	24,7
Eher nein	47,1
Nein	20,2
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer	

Bei einem Vergleich des Antwortverhaltens zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede (Tabelle 2).

Je älter die Arbeitnehmer sind, desto seltener haben sie bis jetzt registriert, dass sich der Aufschwung positiv auf ihre wirtschaftliche Situation ausgewirkt hat. Während in der jüngsten Altersgruppe (16-24 Jahre) fast die Hälfte der Befragten denkt, prinzipiell vom Wachstum profitiert zu haben, sind dies nur 22 Prozent der 50 bis 65-Jährigen. Eine Betrachtung der Antwortpole unterstreicht dieses Ergebnis: Bei den 16 bis 24-Jährigen antworten deutlich mehr Arbeitnehmer mit einem klaren „Ja“ (18 Prozent) als mit einem eindeutigen „Nein“ (10 Prozent). Bei den 50 bis 65-Jährigen steht hingegen ein Anteil von 4 Prozent der „Ja-Antworten“ einem Anteil von 26 Prozent der „Nein-Antworten“ gegenüber.

Arbeitnehmer mit (Fach-)Hochschulreife haben häufiger prinzipiell positive Effekte des Aufschwungs feststellen können (40 Prozent) als Befragte mit Realschul- (30 Prozent) oder Hauptschulabschluss (28 Prozent).

Arbeitnehmer glauben häufiger, dass der Aufschwung grundsätzlich bei ihnen angekommen ist, als Arbeitnehmerinnen.

Tabelle 2: Positiver Effekt des Aufschwungs auf wirtschaftliche Situation (detailliert)				
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer				
	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
Gesamt	8,0	24,7	47,1	20,2
Schulabschluss				
Hauptschule	7,3	21,1	49,2	22,4
Realschulabschluss/POS	9,4	20,2	50,1	20,2
Abitur/Fachhochschulreife	7,1	33,1	41,7	18,1
Geschlecht				
männlich	8,5	27,8	43,6	20,2
weiblich	7,5	21,1	51,3	20,2
Altersgruppen				
16-24	18,0	30,6	41,4	9,9
25-34	10,2	30,5	44,7	14,7
35-49	6,7	24,7	46,7	21,9
50-65	4,2	17,9	51,9	26,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer				

Ergänzend sind die Arbeitnehmer gefragt worden, ob sie feststellen konnten, dass sich der Aufschwung bisher in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis positiv bemerkbar gemacht hat. Das Antwortverhalten fällt hier im Vergleich zur Beurteilung der eigenen Situation ähnlich aus. Ein gutes Viertel der Arbeitnehmerschaft hat zumindest eher den Eindruck, dass sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend bislang positiv in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis ausgewirkt hat. Demgegenüber denken knapp zwei Drittel der Befragten, dass ihr soziales Umfeld bis jetzt eher nicht oder nicht vom Aufschwung profitieren konnte.

Tabelle 3: Positiver Effekt des Aufschwungs bei Freunden und Bekannten Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	Gesamt
Ja	4,3
Eher ja	22,4
Eher nein	41,5
Nein	23,4
Weiß nicht	8,4
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmersvotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer	

Nur wenige Arbeitnehmer (4 Prozent) haben eindeutig feststellen können, dass sich der Aufschwung bei ihren Freunden oder Bekannten bereits positiv bemerkbar gemacht hat. Gut 22 Prozent der Befragten gehen eher davon aus, dass ihr soziales Umfeld schon vom Wirtschaftswachstum profitieren konnte.

Während 23 Prozent der Arbeitnehmerschaft gar nicht denken, dass ihr Freundes- und Bekanntenkreis bereits am Aufschwung teilhaben konnte, gehen gut zwei Fünftel der Befragten eher nicht davon aus.

Acht Prozent der Arbeitnehmer können diesen Punkt nicht beurteilen.

Erwartungen optimistischer

Die Erwartungen der Arbeitnehmer, in den kommenden Monaten vom Aufschwung zu profitieren, fallen optimistischer aus als die Beurteilung der jetzigen Situation. Über zwei Fünftel der Arbeitnehmerschaft rechnen zumindest eher damit, dass sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend bald bei ihnen positiv bemerkbar machen wird (Tabelle 4).

Elf Prozent der Arbeitnehmerschaft gehen eindeutig davon aus, dass sie in den kommenden Monaten am Aufschwung teilhaben werden. Drei von zehn Befragten erwarten dies tendenziell.

Auf der anderen Seite rechnen 44 Prozent der Arbeitnehmer eher nicht damit, dass sie in den kommenden Monaten vom wirtschaftlichen Aufwärtstrend profitieren werden. Zudem

glauben 15 Prozent der Arbeitnehmerschaft eindeutig nicht, dass sich der Aufschwung in der nächsten Zeit bei ihnen positiv bemerkbar machen wird.

Tabelle 4: Erwartung, in den kommenden Monaten vom Aufschwung zu profitieren	
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	Gesamt
Ja	10,8
Eher ja	30,2
Eher nein	44,3
Nein	14,7
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer	

Auch hinsichtlich ihrer Erwartungen unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmerschaft meist deutlich (Tabelle 5). Das Antwortverhalten weist dabei eine ähnliche Struktur auf wie bei der Einschätzung der jetzigen Situation.

Je jünger die Arbeitnehmer sind, desto optimistischer fallen ihre Erwartungen aus. In der Gruppe der 16 bis 24-Jährigen rechnet sogar über die Hälfte (57 Prozent) der Befragten tendenziell damit, in nächster Zeit vom Aufschwung zu profitieren. Demgegenüber sind dies in der höchsten Altersgruppe (50-65 Jahre) nur knapp 28 Prozent der Arbeitnehmer. Besonders deutlich unterscheiden sich hierbei auch die Antwortpole („Ja“ bzw. „Nein“).

Bei den männlichen Arbeitnehmern fallen die Zukunftserwartungen positiver aus (45 Prozent: „Ja“ und „Eher ja“) als bei ihren weiblichen Kollegen (37 Prozent).

Fast die Hälfte der Arbeitnehmer mit (Fach-)Hochschulreife (47 Prozent) geht zumindest eher davon aus, in den kommenden Monaten vom wirtschaftlichen Aufwärtstrend zu profitieren. Bei den Befragten mit Realschul- oder Hauptschulabschluss haben nur jeweils 38 Prozent diese optimistischen Erwartungen.

**Tabelle 5: Erwartung, in den kommenden Monaten vom Aufschwung zu profitieren
(detailliert)**

Angaben in Prozent der Arbeitnehmer

	Ja	Eher ja	Eher nein	Nein
Gesamt	10,8	30,2	44,3	14,7
Schulabschluss				
Hauptschule	11,9	26,1	45,9	16,2
Realschulabschluss/POS	9,7	28,6	48,5	13,2
Abitur/Fachhochschulreife	11,0	35,9	38,0	15,0
Geschlecht				
männlich	12,3	32,2	41,4	14,2
weiblich	9,0	27,9	47,8	15,4
Altersgruppen				
16-24	21,6	35,1	35,1	8,1
25-34	12,7	36,0	40,6	10,7
35-49	9,3	32,3	42,8	15,6
50-65	7,3	20,2	53,4	19,1

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer

Weihnachtsfeier auch in der Krise

Die Weihnachtsfeier ist eine Möglichkeit für den Arbeitgeber, seinen Arbeitnehmern für das Engagement während des zurückliegenden Jahres zu danken. In Krisenzeiten bietet sich natürlich auch an dieser Stelle Einsparpotenzial für den Arbeitgeber. Im Aufschwung kann hingegen erwartet werden, dass der Arbeitgeber wieder mehr Geld in die Weihnachtsfeier investiert. Vor diesem Hintergrund sind die Arbeitnehmer zunächst gefragt worden, ob sie in diesem und im letzten Jahr in ihrem Unternehmen eine Weihnachtsfeier hatten. Dabei ist die Mehrheit der Arbeitnehmer (62 Prozent) in diesem Jahr von ihrem Arbeitgeber zu einer Weihnachtsfeier eingeladen worden. Im Jahr 2009 fällt der Anteil mit 65 Prozent der Befragten sogar noch etwas höher aus (Tabelle 6).

Bei der Veranstaltung von Weihnachtsfeiern ist eine weitgehende Konstanz erkennbar: 56 Prozent der Arbeitnehmer haben in beiden Jahren eine Weihnachtsfeier in ihrem Unternehmen. Nur relativ wenige Arbeitnehmer geben an, dass lediglich in diesem Jahr (6 Prozent) oder ausschließlich im letzten Jahr (9 Prozent) eine Weihnachtsfeier statt findet.

Knapp drei von zehn Arbeitnehmern haben weder in 2009 noch in 2010 eine Weihnachtsfeier in ihrem Unternehmen.

Tabelle 6: Weihnachtsfeier im Unternehmen – Vergleich 2010 zu 2009				
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer				
		2009		
		Ja	Nein	Gesamt
2010	Ja	55,9	6,2	62,1
	Nein	8,9	29,0	37,9
Gesamt		64,8	35,2	100,0

Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 1.000 Arbeitnehmer

Abschließend sind die Arbeitnehmer, die in beiden Jahren eine Weihnachtsfeier in ihrem Unternehmen haben, gefragt worden, ob sie erwarten, dass diese nun großzügiger ausfallen wird als im letzten Jahr. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerschaft (82 Prozent) rechnet nicht damit, dass ihr Arbeitgeber in diesem Jahr mehr Geld in die Weihnachtsfeier investieren wird (Tabelle 7). Nur 18 Prozent der Befragten glauben, dass die Weihnachtsfeier in ihrem Unternehmen in 2010 großzügiger ausfallen wird als in 2009. Die Ergebnisse weisen insgesamt darauf hin, dass die Arbeitgeber auch in Krisenzeiten nicht im Bereich der Weihnachtsfeier gespart haben.

Tabelle7: Großzügiger gestaltete Weihnachtsfeier in 2010 als in 2009	
Angaben in Prozent der Arbeitnehmer	
	Gesamt
Ja	17,9
Nein	82,1
Gesamt	100,0
Quelle: IW Consult, IW-Arbeitnehmervotum, Ende November 2010, 559 von 1.000 Arbeitnehmern	

Das IW Arbeitnehmervotum

Das IW-Arbeitnehmervotum befragt vier Mal im Jahr 1.000 Arbeitnehmer in Deutschland zu aktuellen politischen Vorgängen. Konzipiert wird die Kurzbefragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Online-Befragung wird in Zusammenarbeit mit goals international durchgeführt.

Die Arbeitnehmer wurden zwischen dem 22. November und 29. November 2010 online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Nicht berücksichtigt wurden hier Arbeitnehmer ohne Schulbildung.